

2010-07-29

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

**über die Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am  
15.07.2010**

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:40 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Schönemann, Ralf

**Fraktion der CDU**  
Trocha, Harald  
Mau, Hans-Joachim

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Krüger, Otto-Harald

**Fraktion der SPD**  
Dreibrot, Hans-Peter  
Hartmann, Robert

ab TOP 5. anwesend, ab TOP 7.1.2. abwesend  
ab TOP 7.1.1. abwesend

**Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN**  
Schmidt, Holger Prof. Dr.

**Fraktion der FDP**  
Neubert, Jürgen Dr.

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

### 2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, bittet den TOP 7.1.3. „Sachstandsinformation Programm ‚Soziale Stadt‘ – Quartiersmanagement“ vor den TOP 5. vorzuziehen, damit die vortragenden Kollegen nach Berlin fahren können.

Der Vorschlag fand die Zustimmung des Gremiums.

Weitere Anfragen, Änderungen oder Ergänzungen zur ausgereichten Tagesordnung wurden nicht vorgebracht. Im Anschluss erfolgte die Abstimmung in der geänderten Fassung.

#### Abstimmungsergebnis:

**6 : 0 : 0**

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

### 3. **Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 27.05.2010**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 27.05.2010 wurden keine Änderungsanträge oder Ergänzungsbedarf geäußert, sodass durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dieses zur Abstimmung gestellt wurde.

#### Abstimmungsergebnis:

**6 : 0 : 0**

Das Protokoll der Sitzung vom 27.05.2010 wurde ungeändert bestätigt.

### 4. **Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte über die folgenden Beschlussfassungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 27.05.2010:

*Vergabe von Planleistungen  
UNESCO-Welterbestätte Gartenreich Dessau-Wörlitz, Schloss Georgium  
Tragwerksplanung  
Vorlage: DR/BV/185/2010/VI-65*

Die Vergabe der Leistung an das Büro für Statik und Bauplanung Neumann, Dessau-Roßlau wurde einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0

*Vergabe von Planleistungen  
UNESCO-Welterbestätte Gartenreich Dessau-Wörlitz, Schloss Georgium  
Gebäudeplanung  
Vorlage: DR/BV/187/2010/VI-65*

Die Vergabe der Leistung an das Architektenbüro cuboidoo, Halle wurde mehrheitlich bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0 : 1

*Vergabe von Bauleistungen, Vergabe-Nr.: 18/2010  
Kreisverkehr Sieben Säulen, Gesamtleistung  
Los 1 – Allgemeine Arbeiten (AG DVV Stadtwerke)  
Los 2 – Leitungen für die DVV (AG DVV Stadtwerke)  
Los 3 – Straßenbau (AG Stadtverwaltung Dessau-Roßlau)  
Los 4 – Straßenbeleuchtung (AG Stadtverwaltung Dessau-Roßlau)  
Vorlage: DR/BV/147/2010/VI-66*

Die Vergabe der Leistung an Fa. SRABAG, Dessau-Roßlau wurde einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0

## **5. Öffentliche Beschlussfassungen**

### **5.1. Parkplatz Friederikenplatz Beschluss zur Gestaltung und Bewirtschaftung des Parkplatzes (Wiedervorlage vom 27.05.2010) Vorlage: DR/BV/098/2010/VI-66**

**Frau Jung, Tiefbauamt**, leitete ein, dass die aufgetretenen Fragen in der letzten Sitzung ausführlich beschrieben worden sind.

Über die Maßnahme war **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, erstaunt und erklärte, dass die Stadträte die Zahl der Baumfällungen (36) bekommen haben. Zu den Themen „Andere technische Maßnahmen um den Baumbestand zu schützen“, „Steigerung der laufenden Kosten des Unterhalts von ca. 3.000 € auf 7.200 €“ und „Anzahl der noch nachzuweisenden Stellplätze“ warf er eingangs Fragen ein.

Mit Verweis auf die Vorlage erklärte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass solch ein Nachweis noch zu erbringen ist und die Regularien, so wie beschrieben, auch ganz exakt hier für den privaten Parkplatz einzuhalten sind, um den Nachweis bauordnungsrechtlich zu sichern. Aus diesem Grund und zur Absicherung der kompletten Stellplatzanzahl wurde die zur Verfügung stehende Fläche auch in Gänze genutzt, wodurch der Parkplatz sehr kompakt aussieht.

Ergänzend teilte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, mit, dass eine erteilte Baugenehmigung verpflichtend ist und dass die Stadt an ein privates Unternehmen Anfang 2000 einen Zuschuss aus dem Titel Stellplatzabläse in Höhe von ca. 1,2 Mio. € gezahlt hat.

Zu den Betriebskosten erläuterte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass die Kosten durch die noch fehlende Beleuchtung und Entwässerung entstanden sind. Dies war ein Versäumnis und keine Vorenthaltung.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, fragte an, ob es möglich ist, in Bezug auf den Baumbestand und aus den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate, ein anderes Szenario im Interesse der Baumschutzsatzung zu entwickeln. Vielleicht kann man im Rahmen der Vorplanung durch Akteursbereitschaft lokaler Natur bei der Auslage der Projekte Bürger stärker einbeziehen.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, fügte hinzu, dass die Bürgerbeteiligung erst nach Vorstellung der Planung im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt möglich ist. Ein anderer Bauplatz steht nach Prüfung nicht zur Verfügung und die Bäume können auch nicht gerettet werden. Eventuell sollte ein Presetermin angestrebt werden.

**Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, warf ein, dass die Beschlussvorlage dann anders bezeichnet werden müsste.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, argumentierte, dass in diese Richtung eine Verständigung stattfinden wird. Es geht u. a. um die Akzeptanz der Planer gegenüber dem Bürger bzw. sollte den Fachgremien auch Vertrauen entgegengebracht werden.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, äußerte, dass demnächst immer die Bäume ausgezählt werden, um dies in die Vorlagen mit einzubringen und eine aktivere Pressearbeit oder Bürgerbeteiligung stattfinden soll.

**Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, stellte einen Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

**Herr Schönemann** warf die Frage ein, wann mit der Maßnahme begonnen werden soll.

Die Ausschreibung soll jetzt vorbereitet werden, so **Frau Jung, Tiefbauamt**, damit im diesen Jahr der Auftrag erteilt werden könne. D. h. man möchte so bald wie möglich beginnen und im Herbst 2010 sollen die Bäume gefällt werden.

An den 7 Säulen kam die Bevölkerung der Beteiligung nur bedingt nach, informierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Hier ist die Frage der Verhältnismäßigkeit maßgebend.

Es handelt sich um Pseudobeteiligungen, wenn die Maßnahmen schon beschlossen sind, merkte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Somit können von den Bürgern keine Hinweise mehr gegeben werden.

In Bezug auf die Problematik regte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, an, über die Verfahrensweise für die Beteiligung bei Beschlussfassung nachzudenken.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, hat darauf hingewiesen, dass die Beschlüsse sich dann erheblich verzögern werden. Es ist eine generelle Vorgehensweise nötig. Durch eine Bürgerbeteiligung wird die Beschlusslage generell verzögert, so dass die Konkurrenzfähigkeit auf dem Spiel steht. Die Zeit zwischen Fördermittelbereitstellung und Umsetzung ist sehr kurz. Hinzu kommt, dass das Land zurzeit auch die Fördermittelbereitstellung ändert, dies führt zu einer Verschärfung der Probleme mit den Zeiträumen, wenn man eine Bürgerbeteiligung vollzieht.

Es geht hier um die Stadt und es soll eine transparente, offene, auf den Bürger zugehende Art und Weise geschaffen werden, so **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Da die Stadt schrumpft ist mehr Bürgerbeteiligung nötig.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, über den Änderungsantrag von Herrn Prof. Dr. Schmidt abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 2 : 5 : 1

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht. Im Anschluss wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 : 1 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich bestätigt.

## **5.2. Vorfahrtstraßennetz und Tempo 30-Zonen (Tempo 20-Zonen) sowie verkehrsberuhigte Bereiche** **Vorlage: DR/BV/086/2010/VI-66**

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, äußerte, dass ein Vorankommen von der Museumskreuzung bis zur Post durch die Ampeln auch jetzt nicht schneller als 30 km/h möglich ist. In den Stadtpark wurde investiert, diesem gegenüberliegend befindet sich das Rathaus-Center und es ist geplant eine Verbindung herzustellen. Um die verkehrstech-

nische Umsetzung einer verkehrsberuhigten Zone vorzunehmen, muss ein Beschluss gefasst werden um dort mehr Aufenthaltsqualität zu fördern, z. B. für die Straßencafés.

Der Masterplan Innenstadt soll jetzt in Angriff genommen werden, Konzepte und Europan 10 werden ausgewertet und umgesetzt, erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Er verwies darauf, dass die Umsetzung in der Kavaliertstraße abschnittsweise erfolgen soll und eine generelle Überplanung notwendig ist.

Von **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wurde die Zuordnung der Ziebigker Straße sowie auch der Gropiusallee und Ebertallee zu den sonstigen Straßen anstatt zu den Tempo-30-Zonen hinterfragt.

Die Entwicklung von Straßen in der Innenstadt wird durch diese Vorlage nicht negativ beeinflusst, erläuterte **Herr Maurer, Tiefbauamt**. Wenn die Entwicklung einer solchen Straße dahin geht, in eine Tempo-30-Zone umgewandelt zu werden, ist dies ohne Weiteres und ohne Verstoß gegen diese Vorlage möglich. Die Ziebigker Straße ist durch einen Stadtratbeschluss von 2005 „vorgeprägt“, d. h. wenn diese in eine Tempo-30-Zone aufgenommen werden soll, ist diese Aufnahme zu diskutieren. Erst dann können evtl. Hemmnisse in diesem Bereich verkehrsorganisatorisch geschaffen werden.

Im Bereich der Schule in Waldersee ist jetzt Tempo 30, jedoch ist diese Straße in der Beschlussvorlage als blau gekennzeichnet. **Herr Trocha, Fraktion der CDU**, hinterfragte, ob diese Straße eine Tempo-30-Straße bleibt.

Seine Frage beantwortete **Herr Maurer, Tiefbauamt**. Es geht um Zonenbeschilderung, im Vorfahrtstraßennetz ist an vielen Stellen eine Kennzeichnung. Man kann aus verkehrsbehördlicher Sicht eine Temporeduzierung aus Gründen z. B. der Sicherheit vornehmen (Streckenbereiche in blau).

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

**Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 0**

Der Beschluss wurde einstimmig bestätigt.

**5.3. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 196 "An der Kreisstraße"**

**Vorlage: DR/BV/177/2010/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurde nicht geäußert.

**Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 0**

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**5.4. Beschluss über die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 168 A "Pharmastandort Rodleben"**

**Tornau"**  
**Vorlage: DR/BV/217/2010/VI-61**

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, erläuterte eingangs, dass es zwei Änderungsbereiche aufgrund der Wünsche des IDT, die sich auf die Erweiterung von Baulichkeiten beziehen, gibt. Aufgrund technologischer Rückfälligkeiten innerhalb der Gebäude, muss die Erweiterung des Baufeldes akzeptiert werden. Dies führt zur Verschmälerung der Planstraße.

Auf Nachfrage von **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, zu der neuen veränderten Lage der B184 wurde erklärt, dass es sich nur um eine Planzeichnung, eine Variante handelt.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

**Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 0**

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6. Vergleich des Zentrenkonzepts (DR/BV/163/2009/VI-61 - Beschluss des Stadtrates vom 10.06.2009) mit dem Masterplan Kultur (Themenbereich Stadtentwicklung)**

Eingangs informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zu der Behandlung dieses TOP in dieser Ausschusssitzung. Da es um Planungsaspekte geht, wird sowohl der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt als auch der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus tangiert. Es gibt eine Reihe von Diskussionen und Aktivitäten, die in unterschiedlicher Richtung auf dem Weg sind. Naheliegend ist, dass der Informationsstand auf gleicher Höhe sein sollte, damit ein Miteinander bei der Lösung von Problemen ordnungsgemäß erfolgt und ein mögliches Gegeneinander von vornherein ausgeschlossen werden kann. Es soll eine Informationsveranstaltung mit entsprechenden Statements zur Konstellation der Vorstellung darstellen, um aus dieser Sachlage weitere nötige Arbeitsschritte ableiten zu können.

Basis der Aktivitäten war ein Einzelhandelsgutachten, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Dieses wurde die Basis des Zentrenkonzeptes mit dem Ziel, ordnungspolitische Rahmenbedingungen und Handlungsempfehlungen für die Strukturierung und Steuerung des Einzelhandels zu schaffen. Das Zentrenkonzept, welches nichts mit dem Masterplan Innenstadt zu tun hat, wurde vom Stadtrat am 10.06.2009 beschlossen. Die Erkenntnis, dass die Rechtskraft des Beschlusses keine Durchstandskraft besitzt, hatte zwingend zur Folge, dass auf dem Zentrenkonzept ein B-Plan anzusetzen war, der B-Plan 216 über den Erhalt und der Entwicklung der zentralen Versorgungsbereiche. Unter anderem sieht das Zentrenkonzept Ansätze vor, wie man bestimmte Zentren aktivieren kann. Ende 2008 hatte die „Arbeitsgruppe Zentrenkonzept“ ihre Tätigkeit aufgrund Erfüllung beendet. Jetzt wird ein Masterplan Innenstadt entwickelt, sowie Vorschläge erarbeitet, die dann dem Stadtrat und dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vorgestellt werden.

Ein weiteres Vorhaben ist, das integrierte Stadtentwicklungskonzept anzupacken, wenn Geld zur Verfügung steht.

Es muss überlegt werden, welche Strukturen angesetzt werden, ob eine Arbeitsgruppe gebildet werden muss und wenn, mit welcher Qualität.

Konzepte wurden ausgewertet, wie z. B. Klimaschutzkonzept, Zentrenkonzept, Masterplan Innenstadt, und viele mehr. Die Informationen aus den Auswertungen fließen in Projekte, es kommt zur Wertung, zum Beschluss und führt schließlich zum Monitoring.

Wenn eine Arbeitsgruppe geschaffen werden soll, muss dies beachtet werden. Ein Ziel ist es, an die Standards anderer Städte heranzukommen, gleichzeitig muss auch die Bürgerbeteiligung Sinn machen.

Auf die Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zu den Abständen der nächsten terminlichen Arbeitsschritte erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass im Herbst Maßnahmen entwickelt werden, um die Schwächen wie z. B. Bahnhof, Friedensplatz, Stadtpark und Innenstadt zu qualifizieren. Hierzu wurden bereits Fördermittel umgeschichtet. Problematisch ist aber die Streichung von 50 % der Fördermittel des Bundes beim Stadtumbau.

**Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, erkundigte sich, warum jetzt ein Anstoß zum Masterplan getätigt wurde, wo doch ein Planbüro bereits im Herbst beauftragt wurde. Des Weiteren erläuterte Herr Prof. Dr. Schmidt zum Bereich Bahnhof, Friedensplatz, Stadtpark und Innenstadt, dass bereits ein beschlossener Plan vorliege und die geschilderten Inhalte von Herrn Hantusch nicht dabei seien, d. h. es müsste eine Änderung des Beschlusses herbeigeführt werden.

Auf diese Anfrage und zum Thema Schwerpunkte der Innenstadt erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass die Ergebnisse und Vorschläge im Zentrenkonzept weiter qualifiziert werden müssen und dass dies ein Thema des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sei. Man dürfe an dieser Stelle diesem nicht vorgreifen.

Bei einer vorgenommenen Richtungsänderung bedarf es einer neuen Beschlusskonstellation, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Der Vergleich des Zentrenkonzeptes mit dem Masterplan sollte erstmal nur zur Information dienen.

Dem gegenüber argumentierte **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, einen Masterplan Kultur gäbe es nicht, sondern es ist ein Streit in der Verwaltung, wie solch ein Konzept aussehen soll.

Es ist legitim sich Gedanken zu machen, Entwürfe zu kreieren und diese einzubringen, erinnerte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Am Ende entscheiden der Dialog, die Kraft des Wortes und die Stärke des Konzeptes über mögliche Entwicklungen dieser Stadt. Diesem Grundsatz, allumfassende Informationen zuzulassen, darf man sich nicht entziehen um gemeinschaftlich, systematisch im Interesse der Stadt zusammen zuarbeiten, und etwas zu bewegen.

**Herr Dr. Wallraf** war als Bürger der Stadt Dessau-Roßlau anwesend und bedankte sich für die Möglichkeit hier seine Vorstellungen zu zeigen und präsentierte seine Ideenskizze (siehe Präsentation „Zentrenkonzept Dessau-Roßlau: Wie weiter mit dem Stadtkern?“ von Herrn Dr. Wallraf; als Anlage 2 beigefügt).

Dies wäre das 1. Projekt aus dem Zentrenkonzept welches umgesetzt ist und wäre. Die Präsentation durch Herrn Dr. Wallraf bezeichnete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, als eine gute Vision. Dieses Projekt sei ein anderes als das Besucher- und Ausstellungszentrum (BAZ). Eine Machbarkeitsstudie zum BAZ ist bereits erstellt und eine Abwägung zwischen Standorten soll folgen.

Im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus soll eine Beschlussvorlage zum Besucher- und Ausstellungszentrum vorgelegt werden. Jedoch wird es äußerst schwierig, die Finanzierung auf die Beine zu stellen, um überhaupt den Bau eines Besucher- und Ausstellungszentrums umzusetzen.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, bedankte sich bei Herrn Dr. Wallraf für den Vortrag.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bedankte sich ebenso für den Vortrag und gab den Hinweis, das Erlebte erst einmal setzen zu lassen.

Auf die Fragen von **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, an Herrn Dr. Wallraf, wo er Überschneidungen/Konkurrenzen sieht und wo er Akzente setzen möchte, antwortete **Herr Dr. Wallraf**, dass es keinen Sinn macht Konkurrenz aufzumachen, sondern es muss vielmehr eine Abstimmung miteinander erfolgen.

Unter anderem soll die Stiftung Bauhaus ein adäquates Besucherzentrum bekommen, welches räumlich angemessen sein sollte.

**Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, merkte an, dass er in dieser Vision die Funktionen des Besucher- und Ausstellungszentrums nicht gesehen habe.

Hierzu argumentierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass es ein Kernproblem gibt. D. h. es fehlt der erste Schritt zur Umsetzung um die Stadt attraktiver zu machen. Lohnenswert ist es um solch Dinge zu kämpfen, vor allem in Bezug auf die Jubiläen 800 Jahre Anhalt und 100 Jahre Bauhaus.

**Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, machte darauf aufmerksam, dass die Einwohnerzahlen zurückgehen und somit der Handel gefährdet ist. Eine langfristige Planung ist somit nicht möglich.

**Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur**, ist froh, dass das Thema andiskutiert wird und teilte mit, dass der Masterplan Kultur in den Kulturausschuss gehört (übergreifend). Alle Fraktionen haben den Masterplan Kultur bekommen. Ausgangspunkt ist die Leitbilddiskussion.

Als Basis seiner Ausführungen werden die Gedanken der Aufklärung betrachtet. Der Arbeitstitel - Der Zeit ein Stück Voraus - sieht in dem Thema eine Chance. Jedes einzelne Segment hat Auswirkungen auf Personalentwicklungskonzepte. Dies macht ein systematisches Herantasten von beiden Seiten notwendig. Hierzu wünscht sich **Herr**

**Dr. Raschpichler** eine zielführende Debatte, da für bestimmte Entscheidungen ein zügiger Diskussionsprozess gebraucht wird. Es wird mit Hochdruck an der Rennstraße und der Heideschule gearbeitet (Zusammenfassend ist der Vorschlag identisch mit dem Zentrenkonzept).

## **7. Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung**

#### **7.1.1. Verkehrstechnische Vorplanung für die Albrechtstraße**

Ein wesentlicher Eckpfeiler ist die Möglichkeit der Förderung über das KP II Lärmschutzmaßnahmen an hoch belasteten Straßen zu finanzieren, erklärte **Frau Jung, Tiefbauamt**, einleitend. Für die Albrechtstraße wurden Fördermittel beantragt. Schwerpunkte zur Vermeidung von Lärm waren u. a. eine Verkehrsverlagerung, d. h. Verkehr aus der Albrechtsstraße zu verdrängen, Deckenerneuerung der Fahrbahn und Aufwertung der Rad- und Gehwege. Jedoch ist es nicht gelungen, Fördermittel für die Maßnahmen der Geh- und Radwege zu erhalten. Diese Maßnahmen werden diese Jahr vorbereitet, so dass ein Maßnahmenbeschluss im September erstellt werden kann.

**Frau Busse, Tiefbauamt**, stellte die Einzelmaßnahmen der Albrechtstraße vor.

Auf die Anfrage von **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, dass eine Errichtung eines Kreisverkehrs in der Zerbster Straße/Kavalierstraße geplant war, erläuterte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass die vorgestellten Maßnahmen durch Frau Busse Sofortmaßnahmen darstellen, die verkehrsorganisatorischer Natur sind und in dem Bereich keine Baumaßnahmen verursachen.

**Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, hinterfragte, ob die Geh- und Radwege in dem jetzigen Zustand bleiben, da keine Fördermittel dafür vorhanden sind und argumentierte, dass es doch sinnvoller wäre, die Straße konsequent einspurig zu machen. Hierzu informierte **Frau Busse, Tiefbauamt**, dass es keinen Konsens mit Amt 32 gab. Ergänzend äußerte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass im Moment keine Möglichkeiten bestehen, Verbesserungen herbeizuführen. Es wird daran gearbeitet, Haushaltsmittel entsprechend zu platzieren und Fördermittel einzuwerben, um in absehbarer Zeit, möglicherweise bis 2013, Maßnahmen zur Aufwertung der Geh- und Radwege vorzunehmen. Dazu sind bereits bestimmte Weichen gestellt.

**Frau Busse, Tiefbauamt**, erklärt, dass das Fahren der Radfahrer auf der Fahrbahn ein Parken verhindern würde. Hier müsste man abwägen, was Vorrang hat. Von dem Fahren auf der Fahrbahn wird aufgrund der Verkehrsdichte abgeraten.

#### **7.1.2. Städtebauliche Reparatur des Meisterhausensembles**

Eingangs begrüßte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den Vortragenden **Herrn Marquez, Architektenbüro Bruno-Fioretti-Marquez**.

**Herr Marquez, Architektenbüro Bruno-Fioretti-Marquez**, stellte die vorgesehenen Maßnahmen bzw. das Konzept zur städtebaulichen Reparatur des Meisterhausensembles vor.

Zur Vervollständigung merkte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, an, dass es sich um einen Prozess der Iteration (Wiederholung), der schrittweisen Annäherung handelt. In der stattgefundenen Tagung der Expertengruppe wurde beschlossen, dass Herr Marquez auf die Nutzer des Hauses Moholy-Nagy zugehen wird.

Am 27.07.2010 findet erneut ein Treffen der Expertengruppe statt, bei dem die nächsten Ergebnisse angeschaut und bewertet und die Aufgaben verteilt werden. Das Ziel ist, am 15.09.2010 einen Maßnahmebeschluss im Stadtrat einzureichen. Hierzu wird über eine Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt in Vorbereitung der Stadtratssitzung nachgedacht.

Die Form der räumlichen Installation stellt an die Kunst völlig neue Ansprüche. In der Erlebbarkeit, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, hat der Raum völlig neue Dimensionen entwickelt und ist einmalig. Herr Marquardt hat keine Chance sich diesem Charme zu entziehen. Der Beitrag war überzeugend.

Hinzufügend informierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass der Umbau voraussichtlich 2011 angefangen und Mitte 2012 beendet wird.

### **7.1.3. Sachstandsinformation Programm "Soziale Stadt" - Quartiersmanagement**

Die Sachstandsinformation Programm „Soziale Stadt“ wurde durch eine PowerPoint-Präsentation von **Herrn Westermann, Quartiersmanagement**, vorgestellt (siehe Präsentation „Quartiermanagement, Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, Stadtteilbüro Franzstraße 153 - Sachstand nach 1,5 Jahren; als Anlage 3 beigelegt).

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, gab bekannt, dass der vollständige Bericht im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 12.08.2010 vorgestellt wird. Diese Vorgehensweise wurde dezentriert übergreifend besprochen.

Nachdem **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, die Zwischenberichte zur „Sozialen Stadt“ für gut befand, merkte er an, dass er die vorgeschlagene Arbeitsrichtung nicht nachvollziehen kann. Wichtig für die Umsetzung des Programms ist es, weiterhin in den Stadtteilen zu werben. Der wesentliche Effekt, den man haben möchte, ist, dass durch zusätzliche investive Maßnahmen Prozesse angestrebt und Bürger aktiviert werden. Basis des Programms sollte die Bürgeraktivierung und die Öffentlichkeitsarbeit sein, um die Innenstadt zu stärken. Für eine positive Entwicklung ist es notwendig, dass das Quartiersmanagement stärker nach Außen tritt und stärker aktiv wird. Die Fraktion ist unzufrieden.

Hierzu erklärt **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass die Anmerkungen von **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, richtig und zutreffend sind aber in der Bewertung falsch. Hierbei muss man die Rahmenbedingungen beachten. In Sachsen-Anhalt sind 90 % investive und 10 % soziale Maßnahmen.

Da dieses Thema ein Stadtentwicklungsthema ist, sollte dies nicht in zwei Ausschüssen parallel diskutiert werden, sondern es gehört in den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus. Demzufolge sollte es auch dort behandelt werden. Wir würden auch vielmehr im sozialen Bereich arbeiten, da das Programm „Soziale Stadt“ heißt, aber die quantitative soziale Komponente wird im Wesentlichen durch den investiven Bereich definiert. Es wird beabsichtigt Kontakt mit dem Bauministerium aufzunehmen. Unsere Intention ist, mindestens 20-30 % im nichtinvestiven Bereich zu haben.

Eine Parallelität lässt sich nicht vermeiden, erläuterte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Das Problem ist, alle Akteure zusammenzuführen, sodass das Miteinander im Vordergrund und das Gegeneinander, wenn möglich ausgeschlossen wird. Wenn dies gelingt, wird die Kommunikation in den Ausschüssen sich verbessern. Ziel ist also die eindeutige Zuordnung der Themen in den Ausschüssen.

Wo ist dort Effizienz und effektiveres Arbeiten zu sehen, wenn **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, an zwei Ausschüssen teilnehmen muss, so **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**.

Hierzu argumentierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass dies sich durch Erfahrungen im Interesse der Effizienz ändert, wenn die Themen den Ausschüssen eindeutig zugeordnet werden.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, ergänzte, dass es um Arbeitseffizienz und klare Strukturen geht und ein Vortrag in dieser Form nicht falsch ist, aber eine intensive Diskussion kann an dieser Stelle nicht geführt werden.

Zu dieser Diskussion nahm **Herr Westermann, Quartiersmanagement**, kurz Stellung und erläuterte, dass die Öffentliche Arbeit nur noch projektgebunden sei aber weiterhin Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird.

## **7.2. Sonstige öffentliche Anfragen und Informationen**

Die Ergebnisse im Zusammenhang mit der IBA-Präsentation wurden durch **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, vorgestellt (siehe Präsentation „IBA-Stadtpräsentation 2010 - Resonanz zur Halbzeit“, als Anlage 4 beigefügt).

Am 15.04.2010 wurde die Umsetzung der Aktivierung des Roten Fadens durch diesen Ausschuss mit Prüfaufträgen beschlossen, so **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**.

Es folgten Informationen zum Zwischenstand der Ergebnisse der Prüfaufträge aus der Ausschusssitzung vom 15.04.2010:

***Prüfauftrag „Prüfung des Vorschlages des Vereins ‚Von der Rolle e. V.‘ (Standortwahl der Bänke, Rampe an den Andes-Hallen)“:***

Zur Standortwahl von Bänken und Kohlefläche auf dem Gelände des ehemaligen Kohlehandels wurde mit Frau Prof. Felinks (Hochschule Anhalt), die die Wissenspatenschaft über das Forschungsgelände betreibt, und dem Tiefbauamt die Lage der Fläche abgestimmt. Die Überprüfung der Fördermöglichkeit der Rampe über das Projekt „Aktivierung Roter Faden“ durch das zuständige Bauverwaltungsamt hat ergeben, dass eine Förderung nicht möglich ist, da die Sanierung der Halle bereits über die Förderung zum Landschaftszug gefördert wird.

***Prüfauftrag „Prüfung des Einsatzes preiswerterer Sitzgelegenheiten sowie Einsatz von Holzauflagen“:***

Günstigere Bänke im ähnlichen Design, wie auf dem Roten Faden schon vorhanden, sind nicht gefunden wurden. Die Bänke sind deshalb als Betonbänke mit Sitzauflagen aus Holz ausgeschrieben worden. Da die Ausschreibung noch bis Ende Juli läuft, kann derzeit noch nichts zur Preisentwicklung gesagt werden. die Schätzung liegt, wie in der Vorlage, bei 1.300 € pro Stück.

***Prüfauftrag „Installation eines Elektroanschlusses zum Anschluss einer Pumpe im Bereich des Multikulturellen Gartens“:***

Diese Maßnahme ist zusätzlich zu den in der beschlossenen Variante festgelegten Maßnahmen aufgenommen worden. Da der Kostenrahmen begrenzt ist, sind an anderer Stelle entsprechende Einsparungen erforderlich. Diese können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffert werden. Die Anforderungen des Vereins an den Stromanschluss sind größer als in den Workshops dargestellt. Der tatsächliche Bedarf (in kW), den es für einen Antrag bei der DVV braucht, konnte vom Verein bis heute nicht geklärt werden. Die DVV ist informiert, Verlegung und Standort sind geklärt. Sie wird umgehend eine Kostenberechnung anstellen, sobald die Daten vorliegen. Die Umsetzung muss nicht ausgeschrieben werden, da die DVV die alleinige Netzbetreiberin ist. Fraglich ist derzeit noch, ob der Verein den zum Stromanschluss erforderlichen Zählerkasten dazu beisteuern kann, der nicht Gegenstand des beschlossenen Stromanschlusses ist.

***Prüfauftrag „Herstellung eines Prototypen für die Hörstationen“:***

Es wurden auf Anregung von Herrn Rumpf, Fraktion der CDU, zwischenzeitlich 3 Möglichkeiten für die Herstellung der Hörstationen ermittelt:

1. Hörstation wie in der Beschlussvorlage mit Solarpaneel
2. Eine unverbindliche Kosteneinschätzung zu üblichen Outdoor-Hörstationen mit Solarpaneel, die aber nicht im Roten-Faden-Design hergestellt sind, beläuft sich ohne Transport, Aufstellung und Produktion der Hörbeiträge bereits auf ca. 8.000 € für 4 Stück. Einzelnen bestellt, werden die Stationen teurer. Die in der Beschluss-

vorlage vorgestellte Variante der Hörstation als Rote Fahne mit Solarpaneel hat der beauftragte Landschaftsplaner entwickelt. Sie stellen eine Spezialanfertigung dar, bei der das Ergebnis einer Ausschreibung nicht eingeschätzt werden kann. Deshalb wurde auf die Produktion eines Prototyps verzichtet.

3. Hörstation mit Bluetooth

Eine solche Hörstation ist ausgestattet mit einem kleinen Computer mit Sender, der den Hörbeitrag als mp3-Datei auf Bluetooth-fähige Telefone in einem bestimmten Umkreis sendet. Die Frage der Kombination dieses Computers mit einer Fahne ist noch nicht geklärt. Der Computer selbst kostet einzeln ca. 650 €. Hörtextproduktion und Installation sind nicht enthalten. Es handelt sich hier um sensible Technik, die möglicherweise auch für Diebstahl interessant ist. Der Benutzerkreis ist auf diese spezielle Technik eingegrenzt. Aus anderen Fällen ist bekannt, dass der Fördermittelgeber wegen des eingeschränkten Benutzerkreises Probleme sieht.

Deshalb wurde sich auch wegen der schwierigen Haushaltssituation in der Verwaltung darauf verständigt, auf die Hörstationen zu verzichten. Wir haben den Audioguide, der Informationen vermittelt und die Tafel des Roten Fadens. Damit ergibt sich Spielraum für Zusatzprojekte wie der Stromanschluss für den multikulturellen Verein.

Der Endbericht wird am 12.08.2010 in der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt abschließend zur Kenntnisnahme vorgestellt. Zu diesem Zeitpunkt erfolgt allerdings auch schon die Umsetzung, da der Fördermittelverbrauch zum 31.08.2010 abgerechnet werden muss.

**Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, hat ein Problem mit der Kohlefläche.

**Frau Seelmann, Amt für zentrales Gebäudemanagement**, informierte über die Prüfung von Haushaltsmitteln, die an anderer Stelle übrig sind, für die Verwendung der Rampe.

**Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, hinterfragte, wofür die Kohlefläche genutzt werden soll. Hierzu gab **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, Informationen.

**Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, informierte über die Anfrage von Volkhardt Enke, Mohsstraße 24. Er bittet um Verkehrslösung an der Kreuzung Ziebigker Straße/Kühnauer Straße. Es besteht nur eine kurze beschränkte Linksabbiegerspur zur Verfügung und die Verkehrsinsel stellt eine Behinderung dar.

**Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, erkundigt sich nach einem Ansprechpartner zum Thema „Fläche gegenüber Kaufland“. **Herr Meister, Amtsleiter des Bauordnungsamtes**, erläuterte, dass eine Bauvoranfrage nötig ist und er sich an das Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege sowie an das Bauordnungsamt wenden kann.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönmann** den öffentlichen Teil der Sitzung schloss. Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 11. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 20:40 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 13.08.10

---

Ralf Schönemann  
Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Günther  
Schriftführerin